

Sehr geehrter Herr Korschinsky,

herzlichen Dank für Ihre Nachricht und die Übersendung Ihrer Ausführungen zur zukünftigen Rentenpolitik. Ihr Engagement, ein Rentensystem zu gestalten, das sowohl gerecht als auch nachhaltig und solidarisch ist, schätze ich sehr – gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen, vor denen unser System steht.

Auch die CSU sieht es als unabdingbar an, die Altersvorsorge so weiterzuentwickeln, dass sie den demografischen Veränderungen und den veränderten Anforderungen der Arbeitswelt gerecht wird. Wir sind fest davon überzeugt, dass ein modernes Rentensystem auf einer ausgewogenen Finanzierung und dem solidarischen Miteinander aller Generationen basieren muss. In diesem Zusammenhang teilen wir viele der wesentlichen Anliegen, die Ihre Vision verfolgt:

- **Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit:** Wir stimmen darin überein, dass das Rentensystem so reformiert werden muss, dass es langfristig tragfähig ist und sowohl die aktuellen als auch die künftigen Generationen angemessen berücksichtigt.
- **Solidarische Finanzierung:** Auch wir setzen auf ein Modell, in dem alle Generationen ihren fairen Beitrag leisten, um den sozialen Ausgleich zu wahren und gleichzeitig die finanzielle Basis der Altersvorsorge zu sichern.
- **Anpassung an den Strukturwandel:** Die Notwendigkeit, das System an die neuen Herausforderungen in der Arbeitswelt anzupassen, ist ein weiterer Punkt, in dem unsere Überlegungen mit Ihren Vorschlägen übereinstimmen.

Der Mindestlohn ist für mich keine Entscheidung der Politik, sondern der Tarifparteien. Dem plumpen Sozialpopulismus der SPD - bei jedem Wahlkampf einen höheren Mindestlohn zu fordern - möchte ich nicht noch Vorschub leisten. Insbesondere ist der Abstand zu fachlich qualifizierten Arbeitskräften einzuhalten. Viele Unternehmen berichten mir, dass ein Mindestlohn von 15 EUR - und die damit einhergehenden Lohnerhöhungen qualifizierter Arbeitskräfte keine kalkulationsfähige Grundlage - gerade in den mittelständischen Industriebetrieben oder etwas in der Landwirtschaft mehr darstellt. Das muss die Politik berücksichtigen.

Die Einbeziehung weiterer Einkommensarten würde den Versicherungscharakter der Rente völlig konterkarieren. Sie ist letztlich ein Ausgleich für die wegfallende Arbeitsleistung. Einkommen aus Vermietung oder aus Kapitaleinkünften sind für viele Menschen ein wichtiges Polster für das Alter. Eine Einbeziehung in die Rentenversicherung würde bedeuten, dass der Rentner letztlich seine eigene Rente gleichzeitig mitfinanziert. Das macht aus meiner Sicht wenig Sinn. Bereits jetzt machen über 50% der privaten Vermieter keinen Gewinn mit ihrer Vermietung. Ein weiteres Aufgeben von Mietwohnungen, Leerstand oder Übergang in große Wohnungsgesellschaften, die deutlich höhere Mieten verlangen, wäre die Folge. Insofern stehe ich diesen Vorschlägen sehr kritisch gegenüber.

Nochmals vielen Dank für Ihren Einsatz und die konstruktiven Impulse. Gemeinsam können wir dazu beitragen, die soziale Sicherheit für alle Generationen zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen

Konrad Körner